

Germany-Stuttgart: Construction work
OJ S 130/2022 08/07/2022
Contract notice – utilities
Works

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Stadtwerke Stuttgart GmbH
Postal address: Friedrichstraße 45
Town: Stuttgart
NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis
Postal code: 70174
Country: Germany
E-mail: stadtwerke-stuttgart_fassadenarbeiten@menoldbezler.de
Internet address(es):
Main address: <https://www.stadtwerke-stuttgart.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZR2AV/documents>
Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZR2AV>
Additional information can be obtained from another address:
Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Postal address: Stresemannstr. 79
Town: Stuttgart
NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis
Postal code: 70191
Country: Germany
Contact person: Herr Rechtsanwalt Dr. Karsten Kayser | Herr Rechtsanwalt Dr. Florian Krumenaker, LL.M.
E-mail: stadtwerke-stuttgart_fassadenarbeiten@menoldbezler.de
Internet address(es):
Main address: www.menoldbezler.de

I.6. Main activity

Production, transport and distribution of gas and heat

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Stadtwerke Stuttgart GmbH - Vergabe von Bauleistungen, Gewerk "Fassadenarbeiten" für Sanierung und Umbau des neuen Hauptsitzes

II.1.2. Main CPV code

45000000 Construction work

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Für die Sanierung und den Umbau des neuen Hauptsitzes der Stadtwerke Stuttgart GmbH und der Stuttgart Netze GmbH sind in dem vorliegend ausgeschriebenen Gewerk "Fassadenarbeiten" folgende Leistungen zu erbringen:

- Rückbau und Ausführung Fensterbänder und Fenster;
- Rückbau und Ausführung von Außentüren;
- Rückbau und Ausführung Sektionaltore;
- Montage Sandwichpanelfassade;
- Sonnenschutzanlage Lagergebäude 1. OG;
- Wartung.

Nähere Informationen sind dem beigefügten Leistungsverzeichnis nebst Anhängen (Anlage 3) zu entnehmen. Mit Abschluss des Vertrags kommt der als Anlage 2 beigefügte Vertrag zustande.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Main site or place of performance: Kesselstraße 23 70327 Stuttgart

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadtwerke Stuttgart GmbH und die Stuttgarter Netze GmbH planen, ihren jeweiligen Hauptsitz, bestehend aus Verwaltung und technischen Bereichen mit Werkstätten, künftig an einen gemeinsamen Standort zu verlagern. Hierfür wurde als Ergebnis einer Standortsuche das Objekt "Kesselstraße 23 in Stuttgart-Wangen" als geeignetes Bestandsobjekt identifiziert, welches nun langfristig angemietet und entsprechend der Anforderungen saniert und umgebaut werden soll.

Beim Objekt Kesselstraße 23 handelt es sich um ein großes, zusammenhängendes Gebäude mit angrenzendem Außenbereich, welches in mehreren Bauabschnitten geplant und errichtet wurde und sich in drei Bauteile gliedert:

1. Der Bauteil "Büro" mit acht oberirdischen Geschossen und einem Kellergeschoß muss brandschutztechnisch ertüchtigt werden. Zusätzlich sollen die Büroflächen unter dem Aspekt moderner Arbeitswelten und nach den spezifischen Anforderungen der späteren Nutzer umgebaut werden.
2. Der Bauteil "Lager" mit drei oberirdischen Geschossen und einem Kellergeschoß soll auf allen Geschossen innenräumlich durch partielle Einbauten den Anforderungen der Nutzer angepasst werden.
3. Der eingeschossige und nicht unterkellerte Bauteil "Werkstatt" muss den umfangreichen Anforderungen des neuen Nutzers entsprechend umgebaut und ertüchtigt werden.

Der Innenausbau umfasst für den Bauteil "Büro" den Rückbau der nichttragenden Bestandswände und Oberflächen, sowie den Ausbau zu modernen Arbeitswelten mit geschlossenen und offenen Arbeitsbereichen, Rückzugs- und Kollaborationsflächen sowie Besprechungs- und Nebenräumen. Hierbei ist die aktive Einbindung des Nutzers mit sämtlichen abteilungsspezifischen Anforderungen zu berücksichtigen.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 19/09/2022 End: 24/11/2022

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Vorbemerkung

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaften vorzulegen.

Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem

Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird. Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach III.1.1 bis III.1.3 hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorzulegen. Vorstehende Ausführungen gelten für die Nachweise nach III.1.2 und III.1.3 entsprechend.

2. Vorzulegenden Nachweise, Erklärungen und Dokumente

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

- (1) Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB
 - (2) Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach § 124 GWB
 - (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)
 - (4) Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
3. Vorzulegenden Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:
- (1) Aktueller Nachweis über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister oder in die Handwerksrolle

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- (1) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
- (2) Eigenerklärung über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens EUR 5.000.000,00 oder Eigenerklärung, im Auftragsfall Versicherungsschutz in der geforderten Höhe zu stellen.

Hinweise der Vergabestelle:

Die geforderte Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung ist von Bietergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- (1) Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte sowie Angabe der Anzahl der technischen Fachkräfte (Polier/Meister, Facharbeiter, Vorarbeiter, Maschinisten), über die der Unternehmer für die Erbringung der Leistung verfügt.
- (2) Vorlage von Referenzen

Minimum level(s) of standards possibly required:

zu (2) Der Bieter hat folgende Mindestreferenzen vorzulegen:

- Eigenerklärung über das Vorliegen von einer Referenz über die Ausführung von vergleichbaren Bauleistungen im Bereich Fassadenarbeiten mit einem Auftragswert in Höhe von mindestens EUR 200.000,00 netto. Die Bauleistung muss in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren (frühestens am 01.01.2017) und spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist abgeschlossen (Abnahme) worden sein.

Hinweis: Die geforderte Mindestreferenz ist von Bietergemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen.

Die Erklärungen über das Referenzprojekt muss folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Leistungsumfang / -gegenstand
- Ausführung von vergleichbaren Bauleistungen im Bereich Fassadenarbeiten
- Auftragswert in EUR netto
- Zeitraum der Bauarbeiten
- Fertigstellung der Bauarbeiten (Abnahme)

Die Vorlage von insgesamt mehr als einer Referenz ist nicht erwünscht.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 05/08/2022 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 05/08/2022 Local time: 12:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZR2AV

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5. Date of dispatch of this notice

05/07/2022